und [illegible] Disziplin der Dresdner Arbeiter. Wiederholte Versuche der Polizei, wegen des Singens „aufreizender" Lieder, gegen die Marschkolonnen vorzugehen, sie als billigen Anlaß zur Auflösung zu benutzen, scheiterten an der Disziplin der Demonstranten. Wir bringen morgen ausführlichen Bericht.

Die Vaterlandsverteidiger von der „Dresdner Volkszeitung"

Unser Zitat aus der **„Dresdner Volkszeitung"** vom Oktober 1914, in dem sie **den imperialistischen Krieg verherrlichte, sich über die Eroberung Antwerpens und den Einbruch in Belgien begeisterte und fette Reparationen von Belgien und Fortsetzung des Krieges auf französischem Boden forderte,** hat das SPD-Blatt ganz aus dem Häuschen gebracht.

Die „Dresdner Volkszeitung" stammelt verhaltert immer wieder von der „Weltbühne", die sie als unseren Freund bezeichnet. Also, wir erklären ganz hochoffiziell, daß **nach Meinung der KPD die „Weltbühne" eine linksdemokratische, bürgerliche Zeitschrift** ist. Tucholsky ist kein Mitglied der KPD und überdies ist nicht eine Person, sondern die Richtung der Zeitschrift maßgebend. Der Herausgeber Ossietzky ist kein Kommunist und hat auch selber kaum je beansprucht, Marxist zu sein. Wir könnten **leicht aus jeder Nummer der „Weltbühne" ihren linksdemokratischen Charakter an Hand von Zitaten beweisen,** aber man: **gerade ihr Zitat über Scheringer zeigt sie als kleinbürgerlich-pazifistisch** und unkonsistisch. Aber das alles spielt in den Fragen, um die es sich handelt, keine Rolle. Es ist uns spaßig, wie die „Dresdner Volkszeitung" in ihrer Verlegenheit die arme „Weltbühne" strapaziert.

Um was es geht, das ist:

1. **War die Haltung der SPD 1914/18 sozialistisch? Die „Dresdner Volkszeitung" sagt ja, wir sagen nein! Sie war erzchauvinistisch und beweisen es.**
2. **Diese Tatsache ist heute hochaktuell, weil die „Dresdner Volkszeitung" die Haltung der SPD 1914/18 für richtig erklärt und damit sagt, daß die SPD auch weiterhin dieselbe Stellung einnimmt. In der Tat bewilligt die SPD Panzerkreuzer und geht mit dem deutschen Imperialismus, Kapitalismus durch dick und dünn.**
3. **Ist der Standpunkt der KPD richtig, daß es auch revolutionäre Kriege geben kann, die die Massen nicht bekämpfen, sondern als ihre Sache betrachten müssen, während sie imperialistische Kriege unter der Losung „Krieg dem Kriege", „Niederlage der eigenen kapitalistischen Regierung", „Umwandlung in die Revolution" mit allen Mitteln bekämpfen müssen? Der Marxismus und Leninismus bejaht das.**

Der herannahende 1. August gibt uns Gelegenheit, theoretisch und praktisch diese Fragen von allen Gesichtspunkten zu behandeln, besonders weil der Kampf gegen den imperialistischen Krieg ein **Kampf gegen seinen Hintermann Kapital** und damit **gegen die Notverordnung, gegen Elend und Faschismus, gegen Brüning und Schieck** ist.

Die Volkszeitung von gestern schreibt, daß es in der KPD Leute gebe, die 1914/18 dieselbe Haltung eingenommen haben wie die SPD. Ja, es gibt einzelne. Aber diese Genossen haben längst erkannt und **sagen offen, daß die damalige Politik der SPD falsch war, daß sie sich von ihr und deshalb von der SPD losgelöst haben, daß sie ihre Wiederholung für ein Verbrechen halten!** Die Volkszeitung von gestern aber schaufelt weiteren Proletariermassengräbern, indem sie schreibt, daß

„während des Weltkrieges in allen Ländern die Sozialisten für die Landesverteidigung eintraten und alle einen Verständigungsfrieden anstrebten."

Diese „Landesverteidigung" war die „Verteidigung" des kapitalistischen Vaterlandes, des Kapitals (und nebenbei: Verteidigung ist da ein leeres Wort, da jeder kapitalistische Staat sich „verteidigt" und nicht angegriffen haben will). Und was die „Landesverteidigung" und der Schwindel vom „Verständigungsfrieden" bedeutet, beweist schlagend z. B. auch das, was die Volkszeitung am 28. Oktober 1914 einen „schönen Erfolg" nannte:

Dresdner Volkszeitung

28. Oktober 1914

Die mörderische Schlacht

Die Mitwirkung der Flotte im Landkrieg

Der deutsche 21-Zentimeter-Mörser schleudert Minengranaten von 119 Kilogramm Gewicht und 18 Kilogramm Sprengladung, seine größte Schußweite beträgt 8000 Meter. Die an der Küste sich bewegenden Kanonenboote (englische — d. Red.) stellen

treffliche und recht große Zielscheiben

dar ... Jedenfalls haben die deutschen Haubitzen über die englischen Schiffe einen

schönen Erfolg

davongetragen.

Nach 25- und 18jähriger SPD-Mitgliedschaft zur Partei Lenins

Auf einer in Gernsbach in Baden abgehaltenen öffentlichen KPD-Versammlung traten 9 Arbeiter in die Partei ein, darunter 2 Arbeiter, die 25 bzw. 19 Jahre der SPD als Mitglieder angehörten. In Gernsbach konnte eine Ortsgruppe der KPD gegründet werden. Aus Kehl in Baden erhielt die Bezirksleitung der KPD einen Brief, in dem der Chauffeur Albert Burkhahn seinen Austritt aus der SPD und seinen Eintritt in die KPD erklärte. Der Leipziger Parteitag und die mit Hilfe der SPD von Brüning diktierte Verordnung haben ihm die Augen geöffnet.

*

In Cronberg veranstaltete die KPD einen Diskussionsabend mit sozialdemokratischen Arbeitern, der sehr gut besucht und somit ein voller Erfolg war. Der sozialdemokratische Arbeiter Fuchs, der gleichzeitig Gemeindevertreter ist gab eine Erklärung ab, in der er feststellt, daß er seit 31 Jahren politisch in der SPD und gewerkschaftlich organisiert ist. Er verpflichtete sich, in seiner Gemeinde mindestens 20 Genossen für eine Ortsgruppe der KPD zu werben und seinen Gemeindevertreterposten im Interesse des Proletariats weiter auszuüben.

Verboten Das „Tribunal", die „Volkswacht", der „Rote Wähler", die Scheringer-Broschüre!

Berlin, 10. Juli. (Eig. Meldung.)

Der Berliner Polizeipräsident i. V., gezeichnet Dr. Weiß, hat das Organ der Roten Hilfe Deutschlands, das „Tribunal", mit Berufung auf die Notverordnung bis zum 1. September 1931 verboten. Das Verbot wird damit begründet, daß das Tribunal in seiner Ausgabe vom 15. Juni in einem Artikel „Gerechtigkeit auf Noskes Bahn" den neuen Schießerlaß mit ähnlichen Verordnungen Noskes in den ersten Revolutionsjahren und Gerechtigkeit mit Noske verglichen habe.

Das **„Ruhrecho in Essen"** wurde gestern von der Polizei **beschlagnahmt.** Ebenso die kommunistische **„Arbeiterzeitung" in Ludwigshafen.**

Stettin, 10. Juli. (Eig. Meldung.)

Der Oberpräsident von Pommern hat die **kommunistische Tageszeitung „Volkswacht" für die Zeit vom 9. bis 21. Juli verboten.** Als Begründung wird ein der Roten Fahne in Berlin entnommener Artikel „Bewaffnete Polizeiprovocateure in Berlin" angeführt. Das Verbot erfolgte mit derselben Begründung wie das der Roten Fahne und des Berliner Volksecho.

Berlin, 10. Juli.

Nach Pressenachrichten ist die **Broschüre des Genossen Scheringer „Erwachendes Volk"** in Berlin und anderen Orten **beschlagnahmt** worden. Es soll ein Beschlagnahme-Beschluß des Amtsgerichts Recklinghausen vorliegen.

Berlin, 10. Juli.

In Vertretung des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski hat der Vizepräsident Dr. Weiß das **Mitteilungsblatt der kommunistischen Reichstagsfraktion „Der Rote Wähler" bis zum 1. Oktober einschließlich verboten.** Das ist eine unerhörte Diktaturmaßnahme. **Das Verbot** des Roten Wählers ist zweifellos zurückzuführen auf eine besondere Intervention der sozialdemokratischen Führer.

Das Kapital haßt die kommunistische Presse, weil sie ein Sprachrohr des **werktätigen Volkes** ist. **Darum abonniert** jeder werktätige Mann, jede werktätige Frau die kommunistische Tageszeitung, die Arbeiterstimme und die ab 1. August erscheinende Wochenzeitung Sächsisches Volks-Echo!

Berlin, 9. Juli 1931 (Eig. Meldung.)

Der Kommunistische Jugendverband Berlin plante von Tage des Inkrafttretens der Notverordnung, am 13. Juli, eine **Demonstration der Berliner Jungwerktätigen gegen den Unterstützungsraub und die Notverordnung.** Die Berliner Polizei hat den **Hungermarsch der Jungwerktätigen verboten** mit der Begründung, die „öffentliche Sicherheit und Ordnung" sei in Gefahr.

Berlin, 9. Juli 1931 (Eig. Meldung.)

Das Verbot des Zentralorgans der KPD, der „Roten Fahne", hat bei allen Werktätigen des Reiches die größte Empörung hervorgerufen. Aus den **verschiedenen Betrieben und Stempelstellen, insbesondere Berlins, liegen Resolutionen gegen diesen neuen faschistischen Anschlag gegen das revolutionäre Proletariat vor.** Ueberall empfinden die Werktätigen das Verbot der revolutionären Zeitungen als einen Schlag in das Gesicht des kämpfenden Proletariats.

Deshalb: Es müssen täglich, wohlgemerkt täglich, im Betrieb, auf der Stempelstelle und von Haus zu Haus Abonnenten gewonnen werden für die „Arbeiterstimme" und die Wochenzeitung Sächsisches Volks-Echo!

Röhm fabriziert Tränengasbomben

Hitlers Händedruck für die Tributeinpeitscher

Kiel, 9. Juli.

Vor einigen Tagen hatten die Nazis eine geschlossene Aufführung des Filmes „Im Westen nichts Neues" durch Tränengasbomben gesprengt. Dazu wird jetzt bekannt: Die Sprengung der Veranstaltung war planmäßig organisiert und vorbereitet. Am Tage zuvor hatte in Kiel eine Besichtigung der SA- und SS-Abteilungen **durch Hauptmann Röhm** stattgefunden. Dabei wurden **Freiwillige zum Ueberfall** auf die Kinobesucher ausgesucht. Einer der sich Meldenden war Angestellter einer Firma, die Tränengas verarbeitet. Er erhielt den Auftrag, das Tränengas zu beschaffen. **In einem Zimmer der NSDAP-Geschäftsstelle wurde eine Gasbombe durchgeführt.** Nicht nur gegen die Filmvorführung wurde Tränengas angewendet. Tags zuvor hatte der Nazistudent Eichhoff eine Tränengasbombe in eine Studentenversammlung geworfen.

Die Polizei hat Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich der Ortsgruppenleiter, der Geschäftsführer, der Sturmbannführer und sein Adjutant, doch sollen mehrere der Verhafteten bereits wieder freigelassen werden.

Diese Kieler Meldungen sowie die Nachrichten der letzten Tage über den gesteigerten Blutterror der Nazis gegenüber Männern und Frauen des werktätigen Volkes erhalten ihren besonderen Sinn durch eine Zusammenkunft von Hitler und Hugenberg, die am 8. Juli stattfand. Auf der Besprechung wurde beschlossen, „den Entscheidungskampf zur Niederringung des Systems einzuleiten und durchzuführen". Sie meinen natürlich nicht das System des Kapitalismus, von dem sie finanziert werden. Was die Hugenberg-Hitler beabsichtigen, ist, einen gesteigerten Blutterror gegen die Arbeiterschaft zu entfesseln.

Die Raubbanditen werden sich mächtig in die Finger schneiden.

*

Köln, 9. Juli (Eig. Meld.)

Im Stadtparlament Leverkusen haben die Nationalsozialisten einen Antrag eingebracht, daß bei den städtischen Neubauten in Leverkusen in Zukunft betonierte Keller angelegt werden sollen, die Schutz gegen Gasangriffe bieten. Begründet wurde der Antrag damit, daß Leverkusen in einem kommenden Krieg besonders gefährdet sei, weil große Fabriken für Sprengstoffe und Chemikalien am Orte sind, gegen die sich sicher reißende Fliegerangriffe richten würden.

*

Im **„Völkischen Beobachter"** vom Dienstag, dem **7. Juli, findet sich ein Dokument, das auffallend die widerliche Kriecherei der Hitlerianer vor den englischen Tributeinpeitschern beweist. In einem Artikel über den englischen Kreuzerbesuch in Kiel heißt es in einer dreispaltigen Ueberschrift: „Ein Händedruck zwischen zwei befreundeten Nationen."** Dann kann man weiter lesen:

„**Politische und kulturelle Verwandtschaft,** freundschaftliche Gefühle treten wieder in den Vordergrund der deutsch-englischen Beziehungen und damit auch in die Begrüßung der kleingewordenen deutschen Marine zu dem englischen Vetter."

Und jetzt der entscheidende Satz:

„**Zudem war der Engländer nie der Mann, der einen am Boden Liegenden schlägt.**"

Das übersteigt wirklich alles, was bisher von den offenen Youngparteien an Liebeserklärungen gegenüber dem englischen Imperialismus abgegeben wurde. Steht nicht Englands Name unter dem Vertrag von Versailles, wurden **nicht die Namen der englischen imperialistischen Staatsmänner unter allen Raubverträgen der letzten Jahre zu finden? War nicht England das Haupt der Einkreisungspolitik gegen Deutschland, die schließlich zum Weltkriege führte? Waren die englischen Imperialisten nicht die Haupteintreiber des Dawes- und des Young-Paktes und jetzt des Hoover-Pakts? Dem „Völkischen Beobachter" blieb es vorbehalten, die englische imperialistische Raubpolitik insbesondere Deutschland gegenüber zu glorifizieren mit folgenden Worten: „Der Engländer schlägt keinen am Boden Liegenden." Wem wollen die Hitler und Konsorten noch weismachen, daß sie gegen Sklavenverträge kämpfen.**

Die politischen Hintergründe dieser Hitler-Schwärmerei für die starke englische imperialistische Kriegsflotte ist natürlich leicht durchsichtig. Darin liegt das versteckte Eingeständnis, daß man bereit ist, zusammen mit dem englischen Imperialismus für ein gemeinsames Ziel zu kämpfen, für den Krieg gegen die Sowjetunion. Gibt es schmutzigere Landsknechte und demütigere Sklaven, als die „Herrenmenschen" aus dem braunen Haus?

Erntestreik auf Rittergut Störmthal

Leipzig, 9. Juli.

Die am 7. Juli stattgefundene Belegschaftsversammlung des Rittergutes Störmthal beschloß den Erntestreik. Die Versammlung erklärte einstimmig, daß auf die neuen reaktionären Maßnahmen der Rittergutsbesitzer, den Barlohn völlig abzubauen, nur mit Streik geantwortet werden kann.

Die Bewegung unter den Landarbeitern wächst und breitet sich rasch aus, insbesondere in den Leipziger Landbezirken.

TU berichtet von diesem Streikbeschluß in Störmthal und jammert über Streikhetze und Streiktreibereien. Auch in Zwenkau gäre es. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition verfüge über starken Einfluß und es sei mit weiteren Streikbeschlüssen zu rechnen.

*

Nauen, 9. Juli. (Eig. Meldung.)

Gestern sind die **vom sozialdemokratischen Landrat Sierung** in Nauen nach der **preußischen Staatsdomäne Königshorst** beorderten Ueberfallkommandos dazu übergegangen, die dort im Streik stehenden Landarbeiter **mit dem Gummiknüppel zur Arbeit zu zwingen.** Die Streikenden haben an die Arbeiter der Nachbargüter die Aufforderung gerichtet, gegen diesen brutalen Terror ebenfalls in den Streik zu treten.

Für die Befreiung Claus Heims

Unsere wachsenden Sympathien auf dem Lande.

Die in Liegnitz erscheinende Zeitung des schlesischen Landvolks, **„Die schwarze Fahne"**, nimmt zu der Aktion der Kommunisten für die Befreiung des Bauernführers Claus Heim Stellung und schreibt dazu:

„Wir aber stehen nicht an, zu erklären, daß wir es für eine Selbstverständlichkeit halten, mit gleicher Entschiedenheit für die Freiheit der politischen Arbeitergefangenen einzutreten. Auch sie sind Kämpfer aus Ueberzeugung und Opfer des deutschfeindlichen Systems. Und wir erhoben weiterhin die Forderung, daß die zahlreichen Arbeiter und Erwerbslosen, die jetzt bei den Hungerunruhen verhaftet werden, als politische Gefangene gewertet werden. Das System ist es, daß sie erst zur Verzweiflung treibt, um sie dann in den Kerker zu werfen. Deshalb heraus zur Aktion für die Freiheit der gefangenen Bauern und Arbeiter."

In welchem Gegensatz stehen doch diese Worte zu den tierischen schmutzigen Anwürfen gegen die proletarischen politischen Gefangenen in der Nazi- und SPD.-Presse. Hier zeigt sich, wie groß das Verstehen des aktiven Kampfes der Arbeiter und Erwerbslosen für Freiheit und Brot bereits auf dem Lande ist. Es bahnt sich eine wirkliche Einheitsfront der landarmen Bauern und der Arbeiter in der Stadt im Kampf gegen das kapitalistische System an, und dieser Stimmung muß auch die kommunistenfeindliche „schwarze Fahne" Rechnung tragen.

Frankfurt a. M., 10. Juli.

In Heusenstamm sprachen in einer öffentlichen Versammlung der KPD in der Diskussion verschiedene sozialdemokratische Arbeiter. 3 sozialdemokratische Funktionäre erklärten ihren Austritt aus der SPD und ihren Uebertritt zur KPD. Unter denen dreien befindet sich einer, der 28 Jahre Mitglied der SPD war.

*

München, 9. Juli.

In Schrobenhausen (Bayern) traten 36 Arbeiter in die KPD ein. In der betreffenden Versammlung sprach in der Diskussion neben einem Kleingewerbetreibenden auch ein sozialdemokratischer Stadtrat. Derselbe erklärte seinen Austritt aus der SPD und will in allernächster Zeit der Kommunistischen Partei beitreten.

6,5 Prozent Lohnsteigerung in UdSSR!

Moskau, 9. Juli 1931

Die Wirtschaftszeitung „Sa Industrializaju" vom 2. Juli teilt in einem Leitartikel mit, daß die Lohnsteigerung seit dem Jahre 1927 bis zum Ende der vergangenen Jahres für die industriellen Arbeiter im Durchschnitt etwa 25 Prozent betragen hat, dagegen in diesem Jahre bereits eine Lohnsteigerung von 6,5 Prozent zu verzeichnen ist. Durch die Einrichtung der Fabrikkonsums, der Mittagstische, und überhaupt durch die verbilligte Versorgung ist somit der Reallohn der Arbeiter der Sowjetunion um mehr als in dem angegebenen Prozentsatz gestiegen.

*

Auf dem **Gewerkschaftskongreß der Eisenbahner** sagte der Generalsekretär des Verbandes, Genosse **Schwernik,** nach einer Mitteilung der „Ekonomitscheskaja Schizn" vom 4. Juni, daß in den letzten Jahren die Lohnsteigerungen der Eisenbahnarbeiter der Sowjetunion außerordentlich gewesen sind. Seit 1926 wurden die Löhne im Eisenbahnbetrieb **um rund 62 Prozent erhöht.**

SLUB
Wir führen Wissen.